

Statt aufs Amt an den Computer

Seit Jahresanfang haben die Kommunen ihr Meldewesen in einem Online-Portal im Internet organisiert / Auch Auskunftsangebot

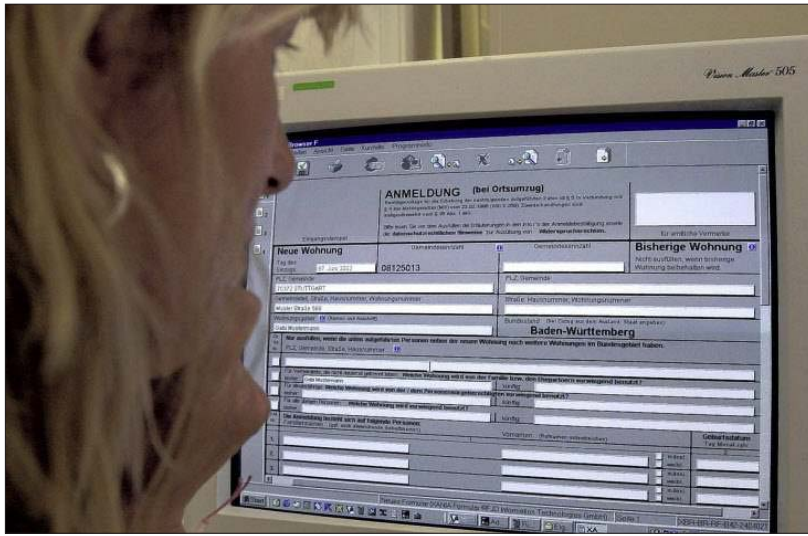
VON UNSEREM REDAKTEUR
MARTIN WILHELM

STUTTGART/FREIBURG. Wer kennt ihn nicht, den leidigen Gang zum Einwohnermeldeamt, um seinen Wohnsitz um-, ab- oder anzumelden. Seit Beginn des Jahres ist zumindest bei einem Umzug ein Behördengang weniger fällig. Denn nun sind die neuen Online-Meldportale in Baden-Württemberg und im Rest der Republik voll im Einsatz.

Aber es geht künftig nicht mehr nur um die Angabe der eigenen Daten gegenüber dem Amt. Vielmehr können jetzt Familienname, Vorname und Anschrift jedes Bundesbürgers, jeder Bundesbürgerin gegen Gebühr abgerufen werden – 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche und laufend aktualisiert. Für diese Auskunft benötigt man wiederum Name, Vorname und zwei weitere Informationen zur gesuchten Person.

Grundsätzlich ist dieser Vorgang nichts Neues. Bisher war das alles schon möglich, aber eben nur schriftlich und mitunter etwas teurer. Zwischen drei und zehn Euro lag die Gebühr einer schriftlichen Auskunft, online liegt sie einheitlich bei fünf Euro.

Und die Suchmöglichkeiten sind vielfältig, egal ob es um Adressen ehemaliger Schulkameraden geht oder um polizeiliche Nachforschungen nach einem bestimmten Verkehrssünder. „Der schriftliche Weg war sehr teuer und aufwändig, weil bei jeder Stadt, in der zum Beispiel ein Schuldner mal gewohnt hat, nachgefragt werden musste“, sagt Erko Grömg, Melderechtsreferent beim Deutschen Städtetag. „Deswegen hat früher eine Auskunft zwei bis drei Wochen gedauert. Mit dem Online-Portal bekommt man die Information sofort“: Peter te Reh, zustän-



Die Anmeldung des neuen Wohnsitzes kann jetzt auch von zuhause aus übers Internet erfolgen.

FOTO: DPA

dig für Informationstechnologie und E-Government beim Deutschen Städtetag, kann dem neuen Angebot der Rathäuser viel abgewinnen. Allerdings ist das Online-Portal vorerst nur für Behörden oder die Polizei geöffnet. Normale Bürger werden erst im Laufe des Jahres darauf zugreifen können, sagt Gabriele Kolodzeiko vom Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken.

Wer partout nicht will, dass seine Daten online abrufbar sind, der kann schriftlich Widerruf einlegen – jedes Jahr auf

Neue. Dazu kommt, dass der Widerruf nur für die direkte Online-Abfrage gilt, die schriftliche Auskunft bleibt weiterhin möglich. „Die Zahl der Widerrufe ist vernachlässigbar gering“, sagt Grömg. In Weil am Rhein etwa waren es 20, in Freiburg 397 – im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr wenig. „Den überwiegenden Teil der Anfragen machen sowieso die behördlichen Anfragen aus“, sagt te Reh. In Freiburg trifft das bisher jedoch nicht zu: Die jährlich 60 000 Anfragen sind je zur Hälfte behördlicher und privater Natur.

Hanspeter Vassholz von der Datenzentrale Baden-Württemberg ist überzeugt, dass in wenigen Jahren nahezu alle der drei bis vier Millionen Anfragen pro Jahr in Baden-Württemberg über das Portal abgewickelt werden. Das Einsparpotenzial sei enorm. Was geschieht dann aber mit den Mitarbeitern in den betroffenen Ämtern? Nach Auskunft der Freiburger Stadtverwaltung werden deshalb keine Stellen gestrichen.

<http://www.dvv-meldeportal.de>

Ministerien kompakt in Stuttgart?

Ideen für ein Regierungsviertel

STUTTGART(rol). Die Idee, mehrere Stuttgarter Ministerien unter einem Dach zu konzentrieren und so Geld zu sparen, ist rund 20 Jahre alt. Nun wird sie wieder aktuell: Am Dienstag berät die Regierungsspitze über das Projekt eines neuen Regierungsviertels. Forciert hatte dies Justizminister Ulrich Goll (FDP). Es gibt allerdings auch Widerstand gegen das Projekt – nämlich Finanzminister Gerhard Strathaus (CDU).

Bislang verteilen sich die zehn Ministerien in Stuttgart auf 23 Standorte. Schon vor 20 Jahren hat der damalige Stuttgarter Regierungspräsident Manfred Bulling ein „Haus der Landesregierung“ ins Spiel gebracht. Heute bevorzugt die Befürworter den Begriff „Regierungszentrum“, auch wenn die Villa Reitzenstein (Staatsministerium) von den Plänen genauso ausgenommen ist wie das Neue Schloss (Finanz- und Kultusministerium) und wohl auch der Prinzenbau (Justizministerium). Die Befürworter verweisen auf ein Gutachten, wonach ein solches Zentrum binnen 25 Jahren vor allem wegen kleinerer Büroräume bis zu 85 Millionen Euro einsparen soll. Die Kalkulation steht und fällt aber mit der Verwertung der dann freiwerdenden Liegenschaften.

Offiziell will Oettinger eine Grundsatzentscheidung über das Projekt „vor Ostern“ bekannt geben. Intern prüfen Experten bereits Standorte für die Konzentration von sechs Ministerien. Als Oettingers Favorit gilt der Karlsplatz, wo das Gelände des Innenministeriums mitgenutzt werden könne. Gegen den von der Stadt Stuttgart favorisierten Neubau auf den Flächen, die durch die geplante Tieflage des Hauptbahnhofs frei werden könnten, gibt es dagegen Bedenken.

Kehl soll zu Offenburg

Kritik an Verwaltungen-FH

STUTTGART (amp). Der Landesrechnungshof sieht keine Notwendigkeit, den Sonderstatus der beiden Verwaltungsfachhochschulen im Lande aufrechtzuerhalten. In einem Gutachten, über das die *Stuttgarter Zeitung* berichtet, schlägt er vor, die Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg aufzulösen und die Kehler Hochschule der Fachhochschule Offenburg anzugliedern. „Außerhalb von Justiz und Polizei bedarf es keiner verwaltungsinternen Fachhochschulen, die landesweit organisierte Ausbildungen zum gehobenen Dienst anbieten“, so der Landesrechnungshof, dem es auch darum geht, den Sonderstatus der dort studierenden Beamtenanwärter aufzuheben. Diese sollten nicht mehr, wie bisher, während ihres Studiums ein Gehalt (866 Euro im Monat) beziehen, sondern stattdessen wie andere Studenten Studiengebühren zahlen. Die Vorschläge des Landesrechnungshofes werden nicht unkommentiert bleiben: Vier Ministerien arbeiten an Stellungnahmen.

Colani-Thermalbad kann gebaut werden

FRIEDRICHSHAFEN (dpa). Dem Bau des Thermalbads in Friedrichshafen, das der Designer Luigi Colani entworfen hat, steht rechtlich nichts mehr im Wege. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die Gegner des Bades abblitzen lassen, die gegen die Nichtzulassung einer Berufung, die der Verwaltungsgerichtshof Mannheim verfügt hatte, Beschwerde eingelegt hatten. Die Stadt plant auf dem Areal des bisherigen Frei- und Strandbades ein Thermalbad mit Gesundheitszentrum und Wellnesshotel mit 96 Betten.

Weniger Feinstaub aus den Holzöfen

Forstminister Hauk warnt vor überzogenen Grenzwerten: Sonst Ende der Holzfeuerung

STUTTGART (dpa). Den Haushalten mit Holzheizungen drohen wegen des Feinstaubes hohe Zusatzkosten. Davon ist Baden-Württembergs Forstminister Peter Hauk (CDU) überzeugt: „Das Bundesumweltministerium plant eine Verordnung, die Heizungen für Holzpellets und andere Holzformen nicht nur mit verschärften Messauflagen belastet, sondern auch mit kaum einzuhaltenden Grenzwerten für den Ausstoß von Feinstaub.“ Das Land will diese Neufassung der Bundesmissionsschutz-Verordnung so nicht mittragen.

Die geplante zweistufige Verschärfung der Grenzwerte – wie derzeit geplant – lehnt Hauk ab. Er warnte, die Vorgaben

des Eckpunktepapiers für die neue Verordnung umzusetzen. So sollen die Grenzwerte in einer ersten Stufe bis 2014 den Ausstoß von Staub von maximal 100 Milligramm pro Kubikmeter Luft erlauben, in der zweiten Stufe soll der Grenzwert auf 20 Milligramm pro Kubikmeter Luft sinken. Gegenwärtig sind noch 150 Milligramm pro Kubikmeter zulässig. „Diese Verordnung würde verhindern, dass weiter mit Holz geheizt wird, obwohl der nachwachsende Rohstoff der Energieträger der Zukunft und vor allem klimafreundlich ist.“ Die vom Bund geplante Messpflicht für Einzelfeuerstätten sei mit den derzeit gebräuchlichen Verfahren gar nicht umsetzbar.

Laut Hauk muss es zwar Schadstoffmessungen auch bei Holzöfen geben, doch diese dürften „nicht zu extremen finanziellen Belastungen führen. Die vorgesehene Messintervalle und die Messgrenzen müssen kritisch geprüft werden.“

Nach Expertenschätzung fallen in Baden-Württemberg mehr als 100 000 Zentralheizungskessel und größere Einzelfeuerstätten wie Kamin- und Kachelöfen unter die Verordnung. Hauk: „Es ist klar, dass Holzfeueranlagen – wie Autos – ihren Ausstoß an Feinstaub reduzieren müssen, um die Luftreinhaltung voranzutreiben. Aber die zweite Stufe wollen wir auf keinen Fall mittragen, weil das das Ende der Holzfeuerung wäre.“

REGIO-UMSCHAU

MARCH

Hügele bleibt im Amt

Josef Hügele (CDU), Bürgermeister der 8800 Einwohner zählenden Gemeinde March bei Freiburg, bleibt Bürgermeister. Er wurde am Sonntag mit 72,1 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Einer seiner beiden (aussichtslosen) Gegenkandidaten wurde gestern von der Polizei festgenommen, weil er vor einem Wahllokal Wähler persönlich begrüßte und ihnen Blumen überreichte. Als er der Aufforderung der Polizei, dies zu unterlassen, nicht nachkam und auch einen Platzverweis ignorierte, wurde er vorübergehend festgenommen, wobei er sich wehrte. Der Mann wurde anschließend von seiner Familie versorgt. *BZ*

Ein Rundgang durch den Alltag im alten Elsass

Das Elsassische Museum in Straßburg besteht seit 100 Jahren / Zeugnisse aus der Zeit des 17. bis 19. Jahrhunderts

VON UNSERER KORRESPONDENTIN
BÄRBEL NÜCKLES

STRASSBURG. Kennt sie das Geheimnis, wie man die Tradition vor dem Vergessen bewahrt? Malou Schneider hütet seit 20 Jahren im Straßburger elsässischen Museum das Brautrecht der Region. Doch das von ihr betreute Haus ist weit älter: Zu seinem hundertsten Geburtstag in diesem Jahr lädt das Museum bei freiem Eintritt zu einem imaginären Rundgang durch den Alltag längst vergangener Zeiten im Elsass ein. Aber es gibt auch Neues: Ende des Festjahres soll das Museum sich erweitern auf ein viertes Gebäude am Quai Saint-Nicolas, was verschiedene Umbauten erforderlich macht.

Im malerischen Innenhof mit seinen dunklen Fachwerkbalken beginnt der Rundgang durch die labyrinthartig aufein-



Innenhof des Elsassischen Museums in Straßburg

FOTO: NÜCKLES

ander folgenden Ausstellungsräume, die das Elsass und seine Alltagskultur präsentieren – jedenfalls so, wie sie vom 17. bis zum 19. Jahrhundert aussah. Aus dem Fenster der Renaissancestube im ersten Stock mit ihren dunklen Holzkassetten geht der Blick hinüber auf das 1358 erbaute alte Zollgebäude neben der Rabenbrücke. Dort handelten früher die Erbauer des Kerngebäudes am Ill-Hafen mit ihrer Ware. Unter den 5000 Objekten des Museums entdeckt der Besucher buntes Mobiliar aus Elsässer Bauernstuben und Bürgerhäusern, Trachten oder Arbeitsgeräte der Seiler, Müller, Bäcker und Winzer. Oder Modelle, die das Heizsystem der Fachwerkhäuser erklären.

Es waren die Gründer des Elsassischen Museums selbst – protestantische Kaufleute und Industrielle, Ärzte, vermög-

de Privatiere und Künstler wie Charles Spindler –, die die ersten Museumstücke sammelten, indem sie über das Land führten und beispielhafte Stücke der Alltagskultur kauften. Von Beginn an bereicherten zudem Schenkungen den Bestand der Sammlung. Ein „ethnographisches Museum“ hätten die Männer geplant, sagt Malou Schneider, Jahre vor der tatsächlichen Eröffnung im Jahr 1907.

In den Jahren deutscher Herrschaft wurde das elsässische Museum für seine Schöpfer zum Symbol des Protestes gegen die Deutschen. Mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges verließen sie fast alle das Elsass in Richtung Frankreich. Die Stadt übernahm damals das Haus und rettete es vor der Auflösung.

Elsässisches Museum am Quai Saint-Nicolas, geöffnet außer dienstags 12-18 Uhr, an Sonn- und Feiertagen 10-18 Uhr.